

- Vollzug des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) –

Allgemeinverfügung

zur Anordnung von Schutzmaßnahmen durch das Gesundheitsamt der Landeshauptstadt Schwerin gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 2 i.V.m. §§ 28a, 29, 30 Infektionsschutzgesetz

**- Haus „Am Fernsehturm“ SOZIUS gGmbH -
vom 28.12.2020**

I. Adressaten dieser Allgemeinverfügung sind

Alle Bewohner des **Wohnbereichs 1b** des Alten- und Pflegeheims, Haus „Am Fernsehturm“ SOZIUS gGmbH, Perleberger Str. 20, 19063 Schwerin. Sofern einzelne Bewohner/innen geschäftsunfähig oder beschränkt geschäftsfähig sind, richtet sich diese Allgemeinverfügung an den gesetzlichen Vertreter bzw. Betreuer des geschäftsunfähigen oder beschränkt geschäftsfähigen Bewohners. SARS-CoV-2 getestet wurden. Gegenüber letztgenannten Personen erfolgt eine separate Anordnung von Maßnahmen.

II. Anordnungen

1. Die unter I. genannten Bewohner sind direkte Kontaktpersonen bzw. Ansteckungsverdächtige zu einer mit Coronavirus SARS-CoV-2 infizierten bzw. an COVID-19 erkrankten Fachkraft und/ oder Bewohner/-in aus o.g. Einrichtung.
2. Gegenüber den unter I. genannten Personen wird, unabhängig vom Vorliegen von Symptomen und bis zum Ende der voraussichtlichen Inkubationszeit von 14 Tagen (Zeit in welcher bei den Kontaktpersonen die Erkrankung noch auftreten kann), eine Quarantäneanordnung nach den Maßgaben des Hygienekonzepts des Alten-und Pflegeheims „Am Fernsehturm“ SOZIUS gGmbH für den Wohnbereich 1b getroffen.

Dieses betrifft zunächst den Zeitraum bis einschließlich 08.01.2021 24:00 Uhr.

3. Direkte Kontakte zur Familie und im Freundeskreis (häusliche Quarantäne/ Absonderung) haben in dieser Zeit, soweit möglich, zu unterbleiben.

4. Ist eine ärztliche Behandlung erforderlich, haben die unter I. genannten Personen, den Hausarzt oder den Bereitschaftsdienst (Rufnummer 116, 117) telefonisch zu kontaktieren. Bei schwerer Symptomatik ist die Rettungsleitstelle bezüglich der Notwendigkeit des Notarzteinsatzes (112) oder telefonisch die Notaufnahme des Krankenhauses zu benachrichtigen.
5. Sollten die unter Punkt 1 bis 5 genannten Regelungen nicht anordnungsgemäß ausgeführt werden, wird hiermit die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe von 500 € bis 2.000 € angedroht.
6. Sofern Krankheitssymptome auftreten (z. B. Hals-, Kopf-, Gliederschmerzen, Fieber, Husten und/oder Verlust von Geschmacks-/Geruchssinn), ist unverzüglich das Gesundheitsamt Schwerin durch die Heimleitung zu informieren.

III. Vollziehbarkeit

Die Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar, § 28 Abs. 3 i. V. m. § 16 Abs. 8 IfSG. Widerspruch und Anfechtungsklage haben somit keine aufschiebende Wirkung. Diese Anordnungen müssen auch dann befolgt werden, wenn sie mit einem Rechtsmittel angefochten werden.

Zur Begründung wird auf untenstehende Ausführungen verwiesen. Die sofortige Vollziehung ist insbesondere auf Grund der schnellen Verbreitung und der hohen Virulenz des COVID19-Erregers erforderlich. Maßnahmen des Infektionsschutzes müssen sofort umgesetzt werden, eine Verzögerung der Umsetzung angeordneter Maßnahmen kann die Gesundheit und das Leben von Menschen erheblichen Gefahren aussetzen.

IV. Bekanntgabe und Geltungsdauer

Diese Allgemeinverfügung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft und ist bis **einschließlich zum 08.01.2021 befristet**.

Begründung:

Die vorliegende Anordnung verfolgt das Ziel, durch vollständige Isolation aller betroffenen Personen das lokale Infektionsgeschehen möglichst vollständig zum Erliegen zu bringen.

1. Sachverhalt:

Am 25.12. veranlasste Testungen haben ua zu einem positiven Befund bei einem Bewohner des Wohnbereichs 1b geführt. Die Wohngruppe 1b beherbergt an Demenz erkrankte Bewohnerinnen und Bewohner. Diese Grunderkrankung des betroffenen Bewohners führt dazu, dass nicht sicher definierbare oder umschriebene Kontakte festgestellt werden können. Seit dem 28.12. weisen 3 weitere Bewohnerinnen und Bewohner Symptome auf, die typischerweise auf eine Corona-Erkrankung hinweisen. Auch bezüglich dieser Personen gilt, dass eine Kontaktnachverfolgung aufgrund der Spezifik ihrer Grunderkrankung praktisch ausgeschlossen ist.

2. Rechtliche Würdigung

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist. Aufgrund der Kontakte zu den mit SARS-CoV-2 infizierten Personen sind die unter I.1. genannten Personen als ansteckungsverdächtig anzusehen. Ansteckungsverdächtig ist gemäß § 2 Nr. 7 IfSG eine Person, von der anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen hat, auch ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein. Die Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn die betroffene Person mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person hatte. Für die Anforderungen an die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckungsgefahr gilt dabei kein strikter, alle möglichen Fälle gleichermaßen erfassender Maßstab. Vielmehr ist der im Weiteren geltende Grundsatz heranzuziehen, dass an die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts umso geringere Anforderungen zu stellen sind, je größer und folgenschwerer der möglicherweise eintretende Schaden ist (vgl. Bundesverwaltungsgericht, Urteil v. 22.03.2012, Az. 3 C 16/ 11).

Aufgrund der besonderen Gefahr, die von dem neuartigen Erreger aufgrund seiner recht hohen Übertragbarkeit und den häufig schweren bis hin zu tödlichen Krankheitsverläufen für die öffentliche Gesundheit in Deutschland und weltweit ausgeht, sind an die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung eher geringe Anforderungen zu stellen, so dass hier das Übertragungsrisiko aufgrund der Nähe zu der infizierten Person ausreicht. Ist danach eine Infektion der Kontaktpersonen anzunehmen, so stellt die Absonderung ein Mittel zur Verhinderung der weiteren Verbreitung der Krankheit dar, dessen Eignung durch frühere Erfahrungen gut belegt ist. Ein für den Betroffenen weniger einschneidendes, gleich geeignetes Mittel ist nicht ersichtlich.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich aus der maximalen Inkubationszeit zwischen einer möglichen Ansteckung und dem ersten Auftauchen von Krankheitssymptomen unter Berücksichtigung des letzten Kontakts.

Die sich aus der Absonderung ergebenden Einschränkungen stehen nicht außer Verhältnis zu dem übergeordneten Ziel, eine Weiterverbreitung dieses Krankheitserregers in der Bevölkerung zu verhindern oder zumindest zu verzögern, um das Gesundheitswesen nicht zu überlasten und die erforderlichen Kapazitäten für die Behandlung der an COVID-19 Erkrankten, aber auch sonstiger Krankheitsfälle bereit zu halten. Auch im Schweriner Stadtgebiet war das Infektionsgeschehen innerhalb kürzester Zeit stark gestiegen. Der Anstieg der Inzidenz auf derzeit 87,8 in Schwerin (Stand 27.12.20;11.53 Uhr Quelle: <https://www.lagus.mv-regierung.de/Gesundheit/InfektionsschutzPraevention/Daten-Corona-Pandemie/>) und die dynamische Entwicklung lässt ohne Anordnung der Regelungen eine unkontrollierte Ausbreitung des Virusgeschehens und eine Überlastung des Gesundheitssystems befürchten.

Die Einschränkungen sind zudem erforderlich, um nach dem Stand der medizinischen Erkenntnisse besonders vulnerable Personengruppen vor einer Ansteckung mit SARS-CoV-2 zu schützen. Wegen der dynamischen Ausbreitung, die sich in den letzten Wochen und Tagen gezeigt hat, sind bei der Entscheidung die epidemiologischen Erkenntnisse zu berücksichtigen, dass bei Sozialkontakten die latente und erhöhte Gefahr einer Ansteckung besteht.

Die vorgenannten Beschränkungen tragen dem Schutz der Bevölkerung Rechnung, da sie eine Ansteckung einer größeren Anzahl von Menschen verhindern oder verzögern können.

Zur Vermeidung der unkontrollierbaren Weiterverbreitung des SARS-CoV-2 Virus in der gesamten Einrichtung mit insg. 149 Plätzen im hochgefährdeten Personenkreis sind die angeordneten Quarantänemaßnahmen nicht zu vermeiden. Andere mildere, gleich wirksame Schutzmaßnahmen sind angesichts der Gefahrenlage nicht vertretbar. Angesichts der fehlenden Möglichkeit, die Hauskontakte des positiv getesteten Bewohners nachzuvollziehen, ist eine singuläre Aufklärung damit praktisch unmöglich; mithin wäre ein solches Vorgehen nicht zielführend. Nur durch die mit dieser Allgemeinverfügung verfügbaren Maßnahmen kann erfolgversprechend der Versuch unternommen werden, Ansteckungen in anderen Gruppen der Einrichtung möglichst auszuschließen.

Rechtsgrundlage für die Beobachtung und Kontaktaufnahme ist § 29 IfSG. Die angeordneten Maßnahmen sind notwendig, um festzustellen, ob sich das Ansteckungsrisiko realisiert hat und damit tatsächlich das Risiko einer Weiterverbreitung des Erregers in der Bevölkerung besteht, um ggf. weitergehende Schutzmaßnahmen zu treffen.

Rechtsgrundlage für das Zwangsmittel sind die §§ 79, 80 Abs. 1 Nr. 2, 86 Abs. 1 Nr. 1, 88 Abs. 1 Nr. 1 M-V in Verbindung mit § 110 des Verwaltungsverfahrens-, Zustellungs- und Vollstreckungsgesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Nach Ausübung des pflichtgemäßen Ermessens ist das Zwangsgeld das geeignete, erforderliche und auch angemessene Zwangsmittel, da zu gewährleisten ist, dass Sie die angeordneten Maßnahmen ausführen.

Ein milderes Mittel zur Erreichung des vorgenannten Zieles ist nicht erkennbar. Ersatzvornahme oder unmittelbarer Zwang sind unzweckmäßig und würden nicht zum Erfolg führen. Die Zwangsmittel der Ersatzvornahme oder des unmittelbaren Zwanges sind in ihrer Eingriffsintensität intensiver, sodass lediglich das Zwangsgeld erforderlich und zugleich angemessen ist. Die Angemessenheit ergibt sich daraus, dass der Zweck der Vornahme der erstrebten Handlungen, durch das Mittel, die Androhung des Zwangsgeldes, am effektivsten erreicht werden kann. Die Höhe des Zwangsgeldes ist ebenfalls angemessen. In Anbetracht des erstrebten Ziels des Bevölkerungsschutzes und des dazu gewählten Mittels, nämlich der Duldung der Beschränkung der persönlichen Bewegungsfreiheit für einen befristeten Zeitraum ist das Zwangsgeld in der angedrohten Höhe erforderlich. Das erstrebte Ziel in Rechnung stellend, ist davon auszugehen, dass durch die Höhe des Zwangsgeldes eine ausreichend starke Motivation hergestellt werden kann, die geforderten Maßnahmen

umzusetzen. Das Zwangsgeld ist dabei so bemessen, dass die Lebensführung nur in einer den Zweck fördernden Weise eingeschränkt wird.

Rein vorsorglich wird auf die Vorschrift des § 75 IfSG hingewiesen, wonach derjenige, der einer vollziehbaren Anordnung nach § 30 Abs. 1 IfSG zuwiderhandelt, mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldbuße bestraft wird.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach der öffentlichen Bekanntgabe Widerspruch beim Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Schwerin erhoben werden. Ein Widerspruch hat wegen der Anordnung der sofortigen Vollziehung jedoch keine aufschiebende Wirkung.

Schwerin, den

28.12.2020

Datum der Ausfertigung

Dienstsiegel



Oberbürgermeister der
Landeshauptstadt Schwerin

Dr. Rico Badenschier

Im Internet unter www.schwerin.de/bekanntmachungen am 28.12.2020 veröffentlicht.